

DIE HÖLLE

Organ der Roten Hilfe für den Bezirk Erzgebirge-Vogtland

Kämpft gegen die Justizreaktion!

Die werktätige Bevölkerung steht vor schweren Kämpfen. Die Nationalisierungskrise verurteilt Millionen zu dauernder Arbeitslosigkeit. Lohnherabsetzung, wachsende Teuerung, Steuerdruck, Mietsteigerung sind die apokalyptischen Reiter. Die wirtschaftliche Verelendung geht bis weit hinein in die Kreise des Kleinbürgertums. Der Kampf gegen die Verelendung ist ein Kampf um höheren Lohn, gesunde Arbeitsbedingungen und politische Freiheiten.

Die bestehende Klasse will mit allen Mitteln die Unterdrückung und Ausbeutung der Werktätigen steigern. Sie geht mit Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung vor, scheut bei Demonstrationen nicht vor blutigen Attacken auf Arbeiter zurück, verbietet die oppositionelle Presse, droht das Vereinsrecht, die Freiheit der Meinungsäußerung und das Streikrecht der Arbeiter. In dem System der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse nimmt die Justiz einen hervorragenden Platz ein. Mehr als bisher muß darum der Kampf gegen Justizreaktion und Klassenjustiz aufgenommen werden.

Die gegenwärtige Klassenjustiz ist viel schlimmer als das Wüten Bismarckscher Reaktion zu Zeiten des Sozialistengesetzes. Damals wurden in zwölf Jahren (von 1878 bis 1890) etwa 1000 Jahre Freiheitsstrafe verhängt; dagegen sind in den Jahren 1924 bis 1925 über 7000 Proletarier 5000 Jahre Freiheitsstrafe verhängt worden, darunter über 1200 Jahre Zuchthaus. Heute hat die Justiz die Sprengstoff- und Republikerschutzesetze zu Ausnahmeesetzen gegen revolutionäre Arbeiter gemacht. Barbarische Zuchthausstrafen sind an der Tagesordnung. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik war ein Ausnahmegericht gegen Kommunisten und oppositionelle Arbeiter. Der Staatsgerichtshof ist zwar gefallen, aber seine Rolle wird durch den 4. Straßensatz beim Reichsgericht beibehalten, wie das Urteil über die Füssener Arbeiter beweist.

So wie man die Arbeiterschaft mit Terrorurteilen zur Aufgabe ihres politischen Freiheitskampfes zwingen will, so auffällig milde werden die Rechtsverbrecher von der deutschen Justiz behandelt. Entweder bleiben deren Verbrechen ungesühnt oder sie werden mit kurzen Festungsstrafen liquidiert. Ja, wer vor einiger Zeit Material über die Schwarze Reichswehr und ihre Töte veröffentlichte, lief Gefahr, als Landesverräter angeklagt zu werden. Monarchisten werden von der Klassenjustiz begünstigt und Republikaner in die Gefängnisse geworfen.

Was vom menschlichen Wesen aus den Martern der Untersuchungshaft übrig bleibt, wird auf die Folter eines rigorosen

Strafvollzuges gespannt. Im Werdener Meuterei-Prozess wurde festgestellt, daß das Zuchthaus eine Ungezieferplage aufwies. Ein demokratischer Rechtsanwalt hat erst neuerlich die unhaltbaren Zustände festgestellt, und die Meuterei im Zuchthaus Wartenburg ist nur eine Folge mittelalterlicher Strafanstaltsmethoden und geradezu gesundheitswidriger Zustände. In diesem Zuchthaus gibt es keine Wasserleitung, keine Kanalisation, keine Defen. Ein Essen gab es am Tage der Revolte, das bestand aus Kartoffeln mit Apfel, durchzogen von Heringslauge.

Die Zustände in der Anstalt Wartenburg sind so skandalös, daß bereits im Februar der Genosse Bury an den Folgen des dortigen Strafvollzuges starb. Die Todesopfer des Strafvollzuges sind keine Seltenheit. Wir erinnern hier nur an die Fälle Hagemeister, Willy Kreck, Scherer, Formert und Hoesle starben schon in der Untersuchungshaft. Die Zahl der Selbstmorde wird nie bekannt werden.

Wahrlich, die Meuterei in Wartenburg ist ein Signal für die proletarische Bevölkerung. Sie ist ein Verzweiflungsschrei Wehrloser, die unter den modernen Inquisitionsmethoden zugrunde gehen. Diese Zustände ändern keine moralischen Vorstellungen, diese Zustände beseitigt nur der Kampf gegen die Klassenjustiz.

Die Klassenjustiz bedroht nicht nur die aktivsten Kämpfer, sondern sogar alle Formen der Arbeiterorganisationen. Bei kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Organisationen werden verfassungsmäßige Rechte aufgehoben. Die Gewerkschaften werden bedroht durch die zivilrechtliche Haftbarmachung bei Streikschäden. Das Streikrecht wird aufgehoben durch das Verbot des Streikpostens. Den Schutz der Streikbrecher und draconische Urteile gegen Streikende gibt es heute noch wie zu Wilhelms Zeiten.

Die Freidenkerbewegung wird mit dem Gotteslästerer-Paragrafen getnebelt. Die freiheitliche Kunst und moderne revolutionäre Literatur werden mit Hilfe der Klassenjustiz unterdrückt. Proletarische Filme werden verboten oder bis auf einen verstümmelten Rest zensiert.

Selbst die proletarische Solidarität hat man unter das Fallbeil der Klassenjustiz gezerrt. Sammlungen für Streikende werden verfolgt. Die Rote Hilfe, die Klassenorganisation des Proletariats gegen Klassenurteile und Klassenjustiz, will man verbieten.

Die Maschine der Klassenjustiz will die kommunistische Partei ihrer Legalität berauben. Werbung von

„Die Gerechtigkeit ist die Seele des Staates! Ohne Gerechtigkeit kein Staatsleben, ohne Gerechtigkeit kein Frieden im Volke und unter den Völkern!“
Hindenburg an den Deutschen Juristentag in Köln

Mitgliedern für die KPD ist Beihilfe zum Hochverrat und wird bestraft.

Während man in den Amtsstuben des Reichsgerichts an dem Verbot der KPD arbeitet, haben die Fürstenabschindungsprozesse die deutsche Justiz als eine Waffe der monarchistischen Konterrevolution entlarvt. Die Säuberung des Justizapparates von Republikanern, wie die Disziplinarverfahren gegen die Frieders, Asmus, Spag zeigen den offenen Kurs der Justizreaktion. Von da bis zur Korruption ist nur ein Schritt. Die Fälle Jürgens, Josefsohn (Breslau), Kölling (Magdeburg) und Kusman sind aus der letzten Vergangenheit noch in aller Erinnerung. Der bayerische Justizminister Gürtler wurde von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Levi der Unterstützung der monarchistischen Reaktion überführt.

Einer solchen Institution muß jeder Arbeiter, schaffende Landwirt, aufgeklärte Beamte, jeder fortschrittliche Mittelständler und linksgerichtete Intellektuelle den Kampf ansagen! Die Klassenjustiz ist die Klassenwaffe der kapitalistischen Bourgeoisie und politischen Reaktion. Ohne Niederwerfung der Justizreaktion ist die moderne Arbeiterbewegung, die klassenbewußte Arbeiterschaft aufs stärkste bedroht. Gegen Klassenjustiz und Klassenurteile müssen alle werktätigen und aufrechten Menschen den Kampf aufnehmen. Die Führung im Kampfe gegen die Justizschande hat die Rote Hilfe. Sie ist die überparteiliche Organisation. Gewerkschafter, Sportler, Freidenker, Beamte, Arbeiter, sie alle vereinigt das gemeinsame Ziel des Kampfes gegen die Justizreaktion der bürgerlichen Klasse. Ihre Einzel- und Korporationsmitglieder stellen schon heute eine Macht dar, an die sich die Klassenjustiz noch nicht herangewagt hat. Sie noch mehr zu stärken, sie zu einem siegreichen Bollwerk gegen die Klassenjustiz, für deren Opfer zu machen, muß Aufgabe aller sein. Darum:

Hinein in die Rote Hilfe!

Kämpft mit ihr gegen Justizreaktion und Justizschande, für die Opfer der Klassenjustiz. Die Losung der Stunde lautet:

Aufhebung des Sprengstoffgesetzes, des Gesetzes zum Schutze für die Republik und aller Ausnahmegesetze gegen das Proletariat;

gegen das reaktionäre Gesetz: Gegen Schund und Schmutz;

Schutz den Arbeiterorganisationen vor den Anschlägen der Klassenjustiz;

Umgestaltung des Strafvollzuges.

5000 unschuldig Verhaftete im Jahr

Im „Vorwärts“ veröffentlicht Dr. Weinberg, Mitglied des Staatsrats, statistische Angaben des preußischen Justizministeriums über die im zweiten Halbjahr 1925 beendeten Fälle von Untersuchungshaft, die einem Antrage des Landtages gemäß dem Hauptauschuss vorgelegt wurden. Die Zahlen, die auf diese Art bekannt werden, zeigen deutlich, wie gering geachtet die Freiheit des Staatsbürgers ist. Es sind in diesem halben Jahre in Preußen 20 533 Fälle von Untersuchungshaft vorgekommen. 14 330 davon entfielen auf Strafverfolgungen wegen Verbrechen und Vergehen. Hiervon sind 517 von der Staatsanwaltschaft, 616 vom Gericht eingestellt worden, ohne daß es überhaupt zu einem Urteil kam. Durch rechtskräftiges Urteil sind weiter 650 Untersuchungsgefangene freigesprochen worden. In 1783 Fällen — das ist ein Achtel aller wegen Verdachts eines Verbrechen oder Vergehens eingetretener Haftbefehle — war eine strafbare Handlung überhaupt nicht nachzuweisen. Auf die Dauer eines Jahres und entsprechend der Bevölkerungsziffer auf Deutschland umgerechnet gibt das 5000 jährlich unschuldig verhaftete Deutsche.

Die Zahlen im ganzen lassen erraten, wieviel Willkür bei der Verhängung der Untersuchungshaft vorkommen muß. Nach der Verfassung ist die Freiheit des einzelnen gewährleistet. Die vorstehenden Zahlen illustrieren treffend, wie die Untersuchungs-

methoden der Klassenjustiz die Freiheit des einzelnen zunichte macht.

Schwarze Reichswehr fühlt sich gekränkt

RS. Eine bürgerliche Gerichtskorrespondenz berichtet über eine Gerichtsverhandlung, die dieser Tage vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stattfand, folgendes:

Der Arbeiter Nicolaus hatte sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Beleidigung der Schwarzen Reichswehr und der Reichswehr zu verantworten. Nicolaus soll in angetrunkenem Zustande gerufen haben: „Nieder mit der Schwarzen Reichswehr, diesen Mördern; schämen sollte man sich, eine solche Uniform zu tragen“, als ein Reichswehrsoldat an ihm vorüberging. Der Soldat ließ den Arbeiter feststellen. Nicolaus wurde zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt, die er, da er arbeitslos ist, in Monatsraten von 5 Mark abzahlen darf. Das Gericht sprach den Beleidigten, der Schwarzen Reichswehr (!!) und der Reichswehr, das Recht zu, das Urteil an der Gerichtstafel zum Aushang zu bringen!

Auf diesem gerichtlichen Umwege also erhält die deutsche Öffentlichkeit zum ersten Male offiziell Kenntnis vom Bestehen der Schwarzen Reichswehr, deren Vorhandensein trotz der zahlreichen Enthüllungen über ihre Morbdaten amtlicherseits immer abgestritten wurde.

Enthüllungen im „Berliner Tageblatt“ über die deutsche Gefängnischmach

RS. Wenn ein durchschnittlicher deutscher Demokrat die Schilderungen der Gefängnischreden in den Balkanländern oder in Polen vernimmt, dann ist er gewöhnlich geneigt, sich in herablassenden Tönen über die Rückständigkeit jener unzivilisierten dunklen Staaten auszulassen, die sich von der herrlichen deutschen Republik wie Feuer vom Wasser unterscheiden. Um so erstaunter wird er sein, wenn er im „Berliner Tageblatt“ (22. September 1926) den Bericht des preußischen Landtagsabgeordneten Rechtsanwält Dr. Grzimek, Königsberg, über deutsche Gefängnisse und Zuchthäuser liest, der das Ergebnis einer Besichtigungsreise durch mehrere deutsche Strafanstalten ist. In diesem Artikel heißt es unter anderem:

„Tage voll tiefster entscheidender Eindrücke! Die Hauptlehre; der Bau der Anstalt und ihre Einrichtungen geben den Ausschlag. Die Strafe soll als solche empfunden werden, dabei aber — soweit dies irgend möglich — erzieherisch wirken. Wie kann das aber erzielt werden, welche Quälerei bedeutet es auch für die Anstaltsbeamten, wenn im Zuchthaus in Wartenburg bei zirka 520 Inassen weder Wasserleitung, noch Kanalisation, noch elektrisches Licht oder Gas, nicht einmal Defen in den Schlafsälen — in Ostpreußen bei diesem schweren langen Winter! — vorhanden sind? Die Defen sind jetzt bewilligt und sollen gebaut werden.“

„Das Schlimmste aber erwartete uns in Königsberg. Drei Bauten hinter dem alten Gericht ohne Licht und Luft eingestellt . . . Böllig überbelegt mit — Untersuchungsgefangenen, die man wegen der Ueberfüllung an anderen Orten nicht unterbringen kann. Platz für 45 Frauen in einem auch schon unzulänglichen Stodwerk des ältesten Baues. Aber 100 Prozent mehr sind zur Zeit darin; ich sah auch sogar das Dreifache der Normalzahl! In einem kleinen Zimmer 8 bis 12 Frauen, in einem größeren 20 bis 30, Tag und Nacht und eingeschlossen, in der Ecke der Kübel, in einer anderen Ecke ein Kinderbett — mitunter mit einem neu in der Anstalt Geborenen. Ringsumher Betten, oft doppelt übereinander. Und nachts zur Zeit der dreifachen Belegung Matratze an Matratze gelegt, den ganzen Boden voll, damit die Schlafstätten genügen. Und fast alle — Untersuchungsgefangene, deren Schuld gar nicht feststeht! . . . Dabei eine Einschaltung: Kann man nicht den Ausbruch „Weiberabteilung“ in Frauenabteilung ändern?! Arrestzellen im Keller, direkt neben den Kohlen, muffig und dunkel! Da müssen Strafen — mitunter wochenlang — vollstreckt werden, bei denen es nur Wasser und Brot und harte Pritsche gibt und nur jeden dritten Tag normale Kost und Bett. Fliegen, Kaninchen oder Hühner, die man so unterbringen wollte, wären binnen einer Woche tot. Die Ausschußmitglieder waren entsetzt! Jetzt „so!“ ein teilerweiser Neubau in den Etat 1927!! Ja, das ist Notstand! Hier her mit den Notstandsbauten! Baut man noch nicht, noch immer nicht? Und nicht „teilweise“, sondern ganz?! . . .“

Die deutsche Gefängnischmach enthüllt in einem Leitartikel des „Berliner Tageblattes“! Die revolutionäre Arbeiterpresse und die Rote Hilfe haben seit Jahren beinahe täglich Berichte über die schändlichen Verhältnisse in den deutschen Strafanstalten

Die Zivilisation und Gerechtigkeit der Bourgeoisieordnung tritt hervor in ihrem wahren gewitterschwangeren Licht, sobald die Sklaven in dieser Ordnung sich gegen ihre Herren empören. Dann stellt sich die Zivilisation und Gerechtigkeit dar als eine verhüllte Wildheit und gesetzlose Rache.

Karl Marx über die Klassenjustiz

an die Öffentlichkeit gebracht. Sie können das „Berliner Tageblatt“, wenn es ihm mit seiner Opposition gegen diese Zustände ernst sein sollte, jederzeit mit Bergen weiteren Materials versorgen, und zwar nicht nur über den Bau und die Einrichtungen der Gefängnisse, sondern auch über die Kost und die Behandlung, die die Gefangenen erhalten. Wir erwarten mit Spannung die praktischen Ergebnisse dieser parlamentarischen Besichtigungsreise für die zahlreichen politischen Gefangenen und die anderen Opfer der kapitalistischen Gesellschaft.

Ein Skandal der Justizverwaltung

Der Syndikus des Leipziger Lehrervereins ist wegen Beleidigung sächsischer Richter zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Die Ursache ist folgende: Der reaktionäre Oberlehrer Schön hatte ein mit Beleidigungen strotzendes Flugblatt gegen Mitglieder des Leipziger Lehrervereins verfaßt. Ein daraufhin gestellter Antrag wurde abgelehnt, die Beschwerde dagegen verworfen. Daraufhin hat der Syndikus des Lehrervereins, Rechtsanwalt Motthes, einen Artikel in der „Leipziger Lehrerzeitung“ veröffentlicht. Wegen dem Passus:

„Es sind bemerkenswerte Auslegungsregeln, die hier die Erste Strafkammer des Landgerichts zugrunde legt. Würde ein Verteidiger mit so scharfsinnigen Argumenten die Freisprechung eines Angeklagten fordern, er würde in 999 von 1000 Fällen das Ohr des Gerichts nicht finden, sondern einem Pöbeln begegnen. Mitleid würde aus den Mienen der Richter sprechen, Mitleid mit dem Verteidiger, der zu solchem Exzesse des Scharfsinns seine Zuflucht nimmt“

ist obengenannte Strafe ausgeworfen worden. Die demokratischen Lehrer können an diesem Urteil sehen, wie die politische Justiz rechtet. Wenn es schon ihnen so ergeht, welches Damoklesschwert schwebt dann erst über dem Proletariat?! Doch dieses Dugendurteil ist nicht bloß deshalb interessant, weil es zeigt, wie die Klassenjustiz auch unter dem Bürgertum nivelliert, sondern vor allem deshalb, weil man aus der Revision von einem Abkommen zwischen dem Justizminister und dem Richterverein, wonach sich der Minister zur strafrechtlichen Verfolgung aller Kritiken an Gerichtsurteilen verpflichtet, erfährt.

Nun begreift man, warum der Klassenrichter mit abschredenden Urteilen die Arbeiterschaft überfällt! Die Rückversicherung macht ihn immun. Wahrlich, das Bild der reaktionären Justizverwaltung ist vollkommen: Avancierung reaktionärer Richter, scharfe Attacken gegen proletarische Organisationen, Abkommen des Richtervereins mit dem Justizministerium über strafrechtliche Verfolgung unliebsamer Kritiker, Abschredungsurteile, wie ein Richter selbst zugibt und damit die Ausnahmejustiz gegen Arbeiter propagiert. Das ist die Klassenjustiz, wie sie leibt und lebt, in ihrer abschredenden, entschleierten Gestalt!

Büngers reaktionäre Personalpolitik

Der Ausgang der kommenden Wahlen in Sachsen und erst recht die kommende Regierungskonstellation ist noch ungewiß. Auf alle Fälle hat Herr Bünger der Reaktion in der sächsischen Justiz noch unmittelbar vor der Wahl wichtige Positionen gesichert. Die sächsische Presse teilt mit, daß im Gebiete der Justizverwaltung ein großes Revirement vor sich gegangen ist. Neu besetzt worden sind die Stelle

des Generalstaatsanwalts für Sachsen,
des Oberstaatsanwalts in Dresden,
des Oberstaatsanwalts beim Oberverwaltungsgericht,
des Oberstaatsanwalts in Leipzig,
des Oberstaatsanwalts in Zwickau,
des Ministerialdirektors im Justizministerium
und eines Ministerialrates im Justizministerium.

Zum Generalstaatsanwalt wurde der Deutschnationaler Dr. Schlegel ernannt. Dieser Mann hat, wie die sozialdemokratische Presse mitteilt, als Oberstaatsanwalt Auskünfte verweigert, die zur Ausfindigmachung rechtsradikaler Gesetzesverleher dienlich gewesen wären. Jeder andere Sterbliche wäre mit Hilfe des Zeugnisschwangerschaftsverfahrens zur Aussage gezwungen worden. Dr. Schlegel geschah nichts. Im Zeigener-Prozess hat derselbe Mann Zuchthaus beantragt. Danach kann man sich ungefähr feststellen, wie das Wirken des neuen Oberstaatsanwalts ausfallen wird.

Oberstaatsanwalt in Leipzig wird ein Dr. Klüber, in Zwickau ein Düwerrich, in Bautzen Staatsanwalt Dr. Buch. Das ist in diesem Jahre die zweite Rangierung. Außer dem Konzeptionschulzen Dr. Harnisch ist unter den avancierten Männern der sächsischen Justiz auch nicht einer, der in den Verdacht kommen könnte, Republikaner zu sein. Büngers Revirement im Justizwesen ist ein Beispiel reaktionärer Klassenpolitik.

Wo bleibt die Bilanz der sächsischen Frühjahrsamnestie?

Im jetzigen Wahlkampf wird sich die sächsische Koalition auch mit der von ihr erlassenen Amnestie groß tun. Zunächst sei darum nochmals festgestellt, daß die in Sachsen geltende Amnestie ein von der Regierung verümmeltes Gesetz ist, mit dessen Hilfe die ursprünglichen Landtagsbeschlüsse unter Nichterhaltung der Verfassungsbestimmungen sabotiert wurden. Die sächsische Amnestie ist eine so taube Kuh, daß man bis heute der Öffentlichkeit einen abschließenden Bericht nicht vorzulegen gewagt hat. Wir erlauben uns darum, einmal folgende Fragen an das sächsische Justizministerium zu richten:

1. Wieviel Entlassungen sind auf Grund der Frühjahrsamnestie überhaupt erfolgt?
2. Wieviel Entlassungen erfolgten auf Grund politischer Vergehen?
3. Wieviel Amnestierungen erfolgten in den Prozessesachen, die auf Grund der §§ 218 und 219 anhängig gemacht wurden?
4. Wieviel Amnestierungen erfolgten bei Notdelikten?
5. Wieviel Amnestierungen erfolgten bei gemeinen Verbrechen?
6. Wieviel Verfahren wurden niedergeschlagen?

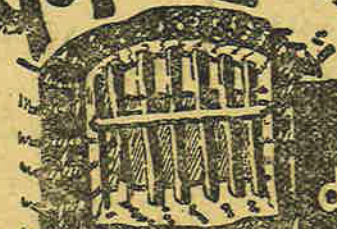
Auf die Antwort sind wir gespannt.

Für Max Hölz!

Die rote Hilfe, Bezirk Erzgebirge-Bogtland, hat in einigen Orten das klassenbewußte Proletariat zu einer umfassenden Kundgebung für die politischen Gefangenen, deren Freilassung und insbesondere für das Wiederaufnahmeverfahren von Max Hölz aufgerufen. Bis zur Niederschrift dieses Artikels hatten die Versammlungen in Döbeln, Waldheim, Mittweida, Chemnitz, Burgstädt, Limbach, Aue, Lichtenstein, Zwickau, Plauen, Reichenbach i. B., Delsniz i. B., Falkenstein, Werdau, Delsniz i. C., Auerbach i. B. und Annaberg einen Massenbesuch der werktätigen Bevölkerung aufzuweisen. Einmütig wurden in allen Versammlungen nach dem Referat der Genossin Hölz für die Freilassung der politischen Gefangenen und für das Wiederaufnahmeverfahren für Max Hölz Entschlüsse gefaßt und an das Reichsjustizministerium sowie an die sozialdemokratische und kommunistische Reichstagsfraktion gesandt. Die Versammlungen in Chemnitz, Zwickau, Werdau, Reichenbach i. B., Delsniz und besonders in Plauen und Falkenstein hatten wahre Wölkermärsche zur Folge. Bis auf den letzten Platz waren die geräumigen Säle gefüllt. Viele Hunderte von Einwohnern umsäumten in Falkenstein auf der Straße das Versammlungslokal. Es war ein Aufmarsch der Massen gegen den an Max Hölz beabsichtigten Justizmord. In den Versammlungen wurden freiwillige Sammlungen zugunsten des Wiederaufnahmeverfahrens des Genossen Hölz gemacht. Beträchtliche Summen wurden da zu einem Kampffonds gegen die Klassenjustiz zusammengetragen. In all diesen Versammlungen sind allein 2500 Broschüren „Gerechtigkeit für Max Hölz“, von Erich Mühsam, neben der sonstigen zahlreichen Literatur verkauft worden. In vielen Versammlungen war die Nachfrage nach den Hölz-Broschüren so stark, daß sie im Nu vergriffen waren.

Das Proletariat des Bezirks Erzgebirge-Bogtland steht auch hier wieder in vorderster Linie im Kampfe für die Opfer der Klassenjustiz und für die Befreiung von Max Hölz aus den Kerker der „demokratischen“ Republik. Gerade in den letzten Tagen haben wir erneut von der aufrechten Haltung des Genossen Hölz Kunde bekommen. Die Nachrichten von dem abermaligen Hungerstreik von Max Hölz sind in erneuter Beweis der schändlichen Behandlung dieses klassenbewußten Revolutionärs durch die weiße Justiz.

Gefängnis ohne Urteil



bedeutet
die heutige,
lange
Untersuchungs-
haft.



KAMPF
gegen die Schande der barbarischen
Handhabung der Untersuchungshaft

Diese Versammlungen werden nicht die letzten sein, die die Rote Hilfe für den Befreiungskampf für Max Hölz arrangiert. Bereits haben sich bisher noch nicht berücksichtigte Orte gemeldet, um ebenfalls im Kampfe für Max Hölz nach diesem Tournee schon für andere Bezirke Deutschlands verpflichtet ist, mussten dreißig weitere Versammlungen auf einen späteren, noch festzusetzenden Termin verlegt werden.

Solange noch Max Hölz wegen einem nicht begangenen Mord von der deutschen Klassenjustiz in Zuchthausfesseln geschlagen wird, solange wird das Proletariat des Bezirks Erzgebirge-Vogtland nicht aufhören mit dem Rufe:

Heraus mit Max Hölz!
Nieder mit allen Justizfeinden der deutschen revolutionären Arbeiterkraft!

Aus der Organisation

An alle Ortsgruppen!
„Gerechtigkeit für Max Hölz“
von Erich Mühsam

ist in zweiter Auflage bereits wieder vergriffen. Wir ersuchen alle Ortsgruppen, in denen noch starke Nachfrage vorhanden ist, sofort Bestellungen beim Bezirksvorstand auszugeben, damit sich der Bezirksvorstand von dem beim Zentralvorstand vorhandenen Vorrat noch rechtzeitig eindecken kann. Ob spätere Bestellungen noch berücksichtigt werden können, ist zweifelhaft.

Neu in verbesserter Auflage ist erschienen:
„Herr Jürgens, Kriegsverbrecher und Meineidiger“, Preis 10 Pf.
Zeitschrift für Kampf und Arbeit „Moyr“, Preis 20 Pf.
Bezirksvorstand Rote Hilfe Erzgebirge-Vogtland.

An alle Arbeitsgebietsleiter und Ortsgruppenvorstände!

Der „Rote Helfer“ für Oktober ist erschienen!

Der „Rote Helfer“ ist das Zentralorgan der Roten Hilfe Deutschlands, erscheint monatlich, 24 Seiten stark und reich illustriert, zum Preise von nur 10 Pf.

Im Verhältnis zur Mitgliederzahl hat der Bezirk Erzgebirge-Vogtland entschieden zu wenig Abonnenten des „Roten Hel-

Gebt Hölz uns frei!

Verfaßt unter Nachwirkung der Versammlung in der „Freundschaft“ in Plauen am Dienstag, dem 28. September 1926 vom Genossen F. R.

Gebt Hölz uns frei, den Bruder und Genossen!
Gebt Hölz uns frei! Er hat genug gelitten!
Es ist nicht wahr! Er hat kein Blut vergossen,
Nur Recht zu schaffen, hat er sich erküht!
Nur gleiches Recht für alle Menschenbrüder,
Hat er zu schaffen sich bemüht.
Wie schloß er meuchlings einen Hasser nieder,
Wie dies beim Gegner heute noch geschieht.
Er hat gekämpft mit Mut und Feuereifer,
Um zu befrei'n das Volk vom Joch und Last,
Doch nicht wie andre, die mit Gift und Geißel,
Mit List und Tücke kämpften ohne Raß.
Zeit seines Lebens hinter Kerkermauern,
Lebend begraben, das ist Grausamkeit!
Heraus mit Hölz! Laßt ihn nicht länger irauern,
Denn Schande ist's in alle Ewigkeit!
Wir werden ruhen nicht und auch nicht warten,
Wir weichen ab vom Ziel nicht einen Schritt,
Bis alles Volk nur kennt noch den Gedanken,
Bis alles Arbeitervolk ruft: Wir helfen mit!
Doch merkt es wohl, auch Sklavetten brechen,
Kommt Zeit, kommt Rat! Ihr kennt dies Sprichwort gut.
Heut könnt' ihr noch auf unsre Kosten gehen;
Nun denn, so trinkt euch für die Zukunft Mut!
Ja, trinkt euch Mut. Ihr werdet's nötig haben;
Denn wenn das Volk ihr lang genug gequält,
Dann wird der Tyrannie das Grab gegraben,
Dann sind die Tage der Willkür gezählt!
Es ist bekannt ja seit uralten Tagen,
Es hielt sich lange nie die Tyrannie,
Habt die Proleten ihr genug geschlagen,
Dann bricht das Volk im Sturm die Sklaverei!

fers“. Es ist Aufgabe aller Funktionäre, in ihren Ortsgruppen dahin zu wirken, daß jedes Mitglied Leser des „Roten Helfers“ wird, um dauernd über Terror und Klassenjustiz unterrichtet zu sein.

Jede Ortsgruppe wähle einen Literaturobmann!
Bezirksvorstand Rote Hilfe Erzgebirge-Vogtland.

An die Ortsgruppenkassierer

Um eine ordnungsgemäße Kassenführung und Berichterstattung an den Zentralvorstand leisten zu können, ist es notwendig, daß sich alle Kassierer an eine monatliche, pünktliche Abrechnung gewöhnen.

Bezirksvorstand Rote Hilfe Erzgebirge-Vogtland.

Eingänge für die Rote Hilfe vom 1.—15. Oktober

Eingänge vom 1. bis 15. September 1926

Auerbach 4.75 M. Auerbach i. G. 20.10 M. Unbekannt Aue i. G. 5 M.
Ranitzschützverein Bernsdorf 1.50 M. Bobenweilchen 1.80 M. Chemnitz
Borna — 25 M. Chemnitz-Bernsdorf 3.— M. Ehrenfriedersdorf 26.70 M.
Erla i. G. 10.30 M. Arbeitergesangsverein Falkenau 2.— M. Arbeiterturner-
ein Falkenau 2.— M. Falkenau 2.50 M. Falkenau zum Grenztreffen in Johann-
georgenstadt 5.14 M. Falkenau, Internationaler Jugendtag Augustusburg
5.60 M. Hartau 24.65 M. Rändler 9.50 M. Kemna 22.95 M. Arbeiter-
gesangsverein Langenschürsdorf 13.— M. Arbeiter-Abteilungs Club Cöche, Limbach
5.— M. Limbach 19.50 M. Zentralvorstand für Arbeiterport Plauen 4.— M.
— 50 M. RFB-Kommers Obercrinitz 15.73 M. Plamitz 10.80 M. RFB-
Genossenschaftsvertreter Köhler 2.40 M. Köhler 10.15 M. Bauhütte Ordoitz,
Kobowitz 5.61 M. Kottlitz 17.70 M. Schma 3.50 M. Schneeberg 7.95 M.
Proletarische Studenten, Stollberg 3.— M. Dramatischer Verein „Schiller“,
Stollberg 3.— M. Steinheidl 14.50 M. Thum 8.— M. Viehau 3.50 M.
Werdau 20.60 M. Wittgensdorf 3.30 M. Jahnsbach 50.80 M. Fel. Richter,
Chemnitz 5.— M. Gen. Bruno Otto Köhler 3.— M. Betriebskette Höhe Bräde,
Chemnitz 17.90 M. Chemnitz-West 14.35 M. Allg. Ortskrankenkasse Chemnitz
51.— M. RFB-Stadtverordnete Chemnitz 10.— M. Proletar. Theaterabend
Chemnitz 18.83 M.

Eingänge vom 16. bis 30. September 1926

Aue, J. G. 1.— M. Eppendorf 1.70 M. Radfahrerverein Heinrichsdorf
5.— M. Freie Turnerschaft Köthensdorf 1.— M. Frauenzweig Köthensdorf
— 50 M. Arbeitergesangsverein Klingenthal 3.— M. Klassenbach 3.50 M.
Langenschürsdorf 11.— M. Pöhlentanne 4.55 M. Niederbachau 1.50 M. Ober-
lungwitz 1.50 M. Plauen, Sportverein 5.— M. Plauen 3.10 M.; 8.— M.
Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Schwarzenberg 5.— M. Schwarzenberg
11.05 M. Leutersdorf 10.50 M. Delsitz i. G. 31.25 M. Versammlungsbeförder
Burgkötter 1.— M. RFB Kempe 10.— M. RFB, Gau Erzgebirge-Vogtland
50.— M. RFB, 3. Abteilung, Werbeveranstaltung 15.40 M. RFB, 3. Abteilg.
8.— M. Klingenthal i. B. 5.— M. Radfahrerverein Mittelfrohna 5.— M.
Mittelfrohna 11.20 M. Bauarbeiterversammlung Heinrichsdorf 6.50 M.

Verantwortlich: Heinrich Hillgraf, Chemnitz.
Druck: „Fennag“, Druckereifabrik Chemnitz,
Schützenstraße 23.

Arbeitersportler!

Warum ist Dein Verein noch nicht
Mitglied der Roten Hilfe?